

Liebe Freunde und Bekannte,

„Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir schon einen Schritt weiter.“

A

Dieser Sponti-Spruch der 1980er Jahre könnte – wie es der von mir sehr geschätzte Kollege *Albrecht von Lucke* in seinem [Editorial von Heft 1](#), 2023 der „Blätter“ formulierte, der passende Kommentar zum Jahreswechsel 2022 auf 2023 sein, *„wenn uns nicht die Ironie vor zehn Monaten ausgetrieben worden wäre“*. Allzu oft war, so schreibt er weiter, *„in den letzten Jahren von einem annus horribilis die Rede, doch das Horror-Jahr 2022 stellte – jedenfalls aus europäischer Sicht – das Vorangegangene klar in den Schatten“*.

Gab es je ein Jahr, in dem sich auch politische Anschauungen, Werte und vor allem Handlungen derart veränderten? Konnte man sich beispielsweise 2021 einen führenden Politiker der GRÜNEN in Katar vorstellen, der einen „Bückling“ vor dem Emir macht, um von ihm Gas zu bekommen? Und nur wenige Wochen später eine deutsche Fußballnationalmannschaft, die sich als Kritik an FIFA und Katar vielleicht gut gemeint, aber schlecht gemacht, den Mund zuhält? Dabei wäre das Zuhalten von Ohren und Augen wohl besser gewesen, denn diese Strategie hatte der DFB über Jahre hinweg vorgelebt, als es um die eigene Verwicklung in Korruption anlässlich der WM in Deutschland ging.

Wenn man die europäische Sicht außer Acht lässt und über den Tellerrand hinausblickt (was angesichts der Lage in Europa und der Dramaturgie der Ereignisse leider immer seltener geschieht), dann habe ich das Gefühl, dass unsere Abwärtsfahrt an Geschwindigkeit zunimmt, auch wenn wir den tiefsten Punkt noch nicht erreicht haben. Dieser Eindruck mag dem Alter geschuldet sein, denn –dies mag subjektiv verfälscht sein – je älter man wird, umso mehr schaut man voraus und weniger zurück. War früher wirklich alles besser? Gewinnt der Begriff „Vorkriegsware“, den ich noch von meinen Eltern und Großeltern kannte, aktuell angesichts der nachlassenden Qualität vieler Produkte bei dennoch steigenden Preisen eine neue Qualität?

Über den Tellerrand schauen bedeutet für uns auch, gezielter nach Afrika und dort nach Tansania zu schauen, wo unser Sohn Till seit April 2021 mit seiner Frau Nastasha lebt und das Landesbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung leitet. Wir konnten beide im April dieses Jahres besuchen und uns, wenn auch nur ansatzweise, von den Herausforderungen dort überzeugen. Dabei gibt es Länder in Afrika, in denen es den Menschen deutlich schlechter geht, und in denen man angesichts von Hunger, Krieg und Dürre die doch sehr deutsch geführte Diskussion um Menschenrechte nicht nachvollziehen kann.

B

Albrecht von Lucke schreibt in den [„Blättern“](#) (die übrigens sehr zur Lektüre empfohlen seien):

„Als vor drei Jahren die Coronakrise begann, wurde diese umgehend als die größte Herausforderung des Kontinents nach 1945 begriffen. Heute sehnen sich viele fast schon in diese Zeit

zurück. Deutlicher könnte nicht zum Ausdruck kommen, wie radikal der 24. Februar, der Beginn von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Zeit in ein davor und danach teilt. Russland ... versucht damit auch den Zusammenhalt des Westens und speziell der EU zu untergraben ...“.

Und natürlich stellt sich dabei die Frage: War das nicht abzusehen nach dem Überfall Russlands auf die Krim 2014 und den Ereignissen in Tschetschenien in den 1990er Jahren und, persönlicher betrachtet, nach dem Versuch von Putin im Jahr 2007, Angela Merkel mit seinem Hund einzuschüchtern? Hätten wir uns nicht früher davon verabschieden müssen, mit Russland eine friedliche Koexistenz zu suchen? War es falsch, dass wir die Aufnahme Russlands in den Europarat im Jahr 1996 befördert haben? Muss ich mir vorwerfen, persönlich durch mehrere Besuche in Russland im Auftrag des Europarates versucht zu haben, diesen Beitritt zu ermöglichen, in dem ich Anfang der 1990er Jahre dort gemeinsam mit anderen Seminare zum Thema „Polizei und Menschenrechte“ abhielt? **Ich meine nein.** Die Seminare und Besuche waren am Ende, wie man einräumen muss, ebenso erfolglos wie viele Reformmaßnahmen auf dem Balkan, an denen ich Ende Anfang der 2000er Jahre beteiligt war. Aber konnte man das alles damals wissen und war es nicht zumindest lohnenswert, es versucht zu haben? Was wäre, wenn wir das nicht getan hätten? Dann müssten wir uns heute vorwerfen, dass wir die Annäherung an Russland ebenso versäumt hätten wie die Unterstützung von Bosnien, dem Kosovo oder anderen Ländern des Balkans, die diese nach den Balkankriegen, an denen wir ja auch beteiligt waren, dringend benötigte.

C

Albrecht von Lucke weist in seinem Beitrag auch auf ein anderes Problem hin: Faktisch hat das Jahr 2022 unsere gleich vierfache Abhängigkeit deutlich gemacht: Energiepolitisch von Russland, militärpolitisch von den Vereinigten Staaten und der deutschen Militärindustrie, wie die jüngsten Ereignisse rund um den „Puma“ zeigten, industrie- und arzneimittelpolitisch von China und ökologisch von globalen Natur- und Klimabedingungen, die von einer expansiven Wirtschaftsweise zunehmend zerstört werden. All das führt, und da kann man *Albrecht von Lucke* nur zustimmen, außen- wie innenpolitisch zu einer **zunehmenden Radikalisierung und Polarisierung**, wie ich sie an anderen Stellen und aus anderen Anlässen ebenfalls wahrnehme.

Denn die Rückmeldungen, die ich seit geraumer Zeit im Zusammenhang mit Strafverteidigungen oder Nebenklage-Vertretungen erhalte, erschrecken mich. Ausgelöst durch Verhaltensweisen der Strafverfolgungsorgane oder nicht nachvollziehbare Abläufe in diesem Kontext **verlieren immer mehr Mandanten und auch Menschen, die sich an mich wenden, ohne mich zu mandatieren, das Vertrauen in die Justiz und damit in unseren Staat.** Offensichtlich ist vielen Mitarbeitenden in und Vertretern der Strafverfolgungsbehörden, angefangen von Polizeibeamten und Verwaltungsmitarbeitern, über Staatsanwälte bis hin zu Richtern nicht bewusst, dass sie den Staat und damit auch unsere Staatsform repräsentieren. Der seit einigen Jahren deutlich werdende [Verlust in das Vertrauen in unsere Demokratie](#) wird durch solche Vorfälle befördert und teilweise auch erst ausgelöst.

Ich habe inzwischen mehr als 45 Jahren an juristischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten geforscht und gelehrt, darunter zehn Jahre an der Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen als Rektor und Professor. In den vergangenen Jahren habe ich mehrere Mandanten vertreten, die erlebten, dass ihr bis dato vorhandenes unerschütterliches Vertrauen in den

Rechtsstaat und damit in unsere Demokratie aufgrund von strafrechtlichen (Nicht-)Ermittlungen, nicht nachvollziehbaren Verfahrensentscheidungen oder auch behördeninternen Abläufen oder formellen Fehlern oder Schlamperien **dramatisch erschüttert** wird. Es handelt sich dabei in den meisten Fällen um „gestandene“ Mitglieder unserer Gesellschaft wie Ärzte, Ingenieure oder auch Juristen, somit um Menschen, von denen wir bisher annehmen, dass sie fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und den Rechtsstaat und seine Organe unterstützen und verteidigen.

Lassen Sie mich dazu zwei Zitate aus den vergangenen Tagen (!) hier einfügen:

Eine Schwester, die ihren psychisch kranken Bruder durch einen Polizeieinsatz verloren hat, schreibt mir nachdem die Staatsanwaltschaft es ablehnt, Ermittlungen überhaupt einzuleiten: *„Ich versuche für meinen Bruder die Wahrheit zu bekommen, aber es ist schwer gegen so viele Menschen dort anzukommen und es kostet so viel Energie immer dagegenzuhalten. Ich bin verzweifelt“*. Oder ein anderer Mandant: *„Sie schaden meiner körperlichen und vor allem seelischen Gesundheit. Ich spüre jeden Tag mehr, wie es mich zerstört. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Was für ein Hohn... Möglich macht das alles eine untätige Justiz. Und ich gehe daran zugrunde.“* Oder wie es Angehörige von Opfern des Anschlages in Hanau mir gegenüber formuliert haben: *„Wir fühlten uns als Menschen zweiter Klasse, wir wurden missachtet, unsere Gefühle wurden mit Füßen getreten“* (Hintergrund war u.a. die Tatsache, dass den Eltern eines Opfers die Kleidung einer anderen getöteten Person übergeben wurde).

Wenn dazu noch das Versagen der von den Opfern oder Hinterbliebenen beauftragten Rechtsvertreter (Anwälte) kommt (was durchaus nicht selten ist), dann schließt sich der Kreis und die Betroffenen haben das Gefühl, einem System gegenüberzustehen, das mehr für sich selbst funktioniert, als dass es die Interessen der Bürger vertritt.

Um es deutlich zu sagen: Es handelt sich hierbei nicht um „Querdenker“ oder dieser Szene auch nur ansatzweise verbundene Personen, sondern um Menschen, die bis zu einem bestimmten Vorfall an unser Rechtssystem geglaubt, es teilweise selbst vertreten, gegenüber Außenstehenden verteidigt und sich rechtstreu verhalten haben.

Aufgrund dieser Vorfälle, die oftmals mit traumatischen Verlusten von nahen Verwandten verbunden sind, entsteht dann eine Abwehrhaltung, ein massiver Verlust in das Vertrauen unseres Rechtssystems, die auch in den Freundes- und Bekanntenkreis transportieren wird. Ähnlich einem Stein, den man in ein ruhendes Gewässer wirft, schlagen solche Ereignisse Wellen die von denen, die sie verursachen, nicht einmal ansatzweise wahrgenommen werden. Dies hat für mich als Wissenschaftler und Bürger dieses Staats nicht hinnehmbare, aber empirisch nachgewiesene weitreichende **negative Folgen für die Verfasstheit unserer Gesellschaft**.

Durch nicht nachvollziehbares, objektives oder subjektiv so wahrgenommenes Fehlverhalten, durch Negation, Vertuschen oder Herabspielen von Verantwortlichkeiten und/oder Fehlern oder auch durch persönliche Abhängigkeiten innerhalb der Institutionen (für die es leider immer wieder entsprechende Hinweise gibt) entsteht, ebenso wie durch strukturelle Verfasstheiten, bei den Betroffenen ein **Gefühl der Hilflosigkeit einem Staat gegenüber, den man ab diesem Zeitpunkt eher als Feind, denn als Freund wahrnimmt**. So geht es vielleicht weniger

um strukturellen Rassismus in den Behörden als um ein strukturelles Führungsversagen – wie Holger Plank und ich dies in [einem längeren Beitrag](#) beschrieben haben.

Hier liegt eine empfindliche **Gefährdung unserer Demokratie** vor, auch und vor allem deshalb, weil sie nicht so sichtbar ist wie Demonstrationen von Querdenkern oder Klebeaktionen der „Letzten Generation“.

D

Die Veränderung in unsere Gesellschaft hat auch mit der **gewandelten Risikowahrnehmung der Menschen zu tun. Wir stehen mitten im Labyrinth einer Risikogesellschaft, verbunden mit dem Verlust traditioneller Sicherheiten.** Vor unseren Augen entfaltet sich nicht nur pandemiebedingt eine **dystopische Metapher lebensweltlicher Verunsicherung.** Es bildet sich eine **neue Struktur sozialer Ungleichheit** heraus, und gleichzeitig macht sich eine „[wabernde Angst](#)“ breit. Die Grundfrustration bzw. Verunsicherung ist ein Faktor für eine **zunehmende Angst in unserer Gesellschaft.** Dabei spiegelt beispielsweise die Angst, Opfer zu werden, weniger konkrete Bedrohungen durch Kriminalität, sondern eher allgemeine Verunsicherung wider, hervorgerufen durch medial konnotierte defätistische Krisenwahrnehmung, Segmentierung, Marginalisierung sowie zunehmende gesellschaftliche Herabstufungen von Bevölkerungsgruppen. Diese „**wabernde Angst**“ - der Soziologe Bauman nannte es „Liquid Fear“ - durchzieht den Alltag und legt sich wie ein Nebelschleier über Wahrnehmungen. Die „liquid fear of crime“ in „liquid times“ geht einher mit einem Leben in einem Zeitalter der allgemeinen Unsicherheit.

Es werden neue Sündenböcke gesucht und gefunden, der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt und viele Menschen haben das Gefühl eines **kollektiven Kontrollverlustes.** Die Angstgeschichte der Bundesrepublik wird als Verschiebung von äußeren zu inneren Ängsten beschrieben. Die Angst vor einem schwachen Staat wird für Forderungen nach mehr Härte und Repression genutzt. Dabei zerbricht der bisherige Kontrollmythos der nationalstaatszentrierten Moderne, denn der Staat kommt immer schneller an die Grenzen seiner Regulierungsmöglichkeiten, was sich auch und gerade in der Corona-Pandemie gezeigt hat. Zudem stellt die globalisierte Organisierte Kriminalität gemeinsam mit einer globalisiert organisierten Wirtschaft (beides ist spätestens seit den Banken- und Dieselskandalen nicht mehr überall voneinander zu trennen) die Staaten hinsichtlich der Effektivität ihrer nationalen Konzepte und supranationalen Kooperationen auf den Prüfstand.

E

Es ist zu befürchten, dass Vorwürfe gegen eine nennenswerte Anzahl von Polizeibeamten zu einem weiter abnehmenden Vertrauen in den Staat im Allgemeinen und „die“ Polizei als eine, wenn nicht „die“ bedeutendste Repräsentantin desselben im Besonderen führen wird. Diese bedenklichen, weil tiefen Narben **schaden dem gesellschaftlichen Wohlbe- und Sicherheitsempfinden und beeinträchtigen die gesamtgesellschaftliche Kohäsion.** Sie werden nur langsam abheilen und bedürfen nach den pandemischen Herausforderungen intensiver und nicht nur kosmetischer, sondern gesamtgesellschaftlicher, diskursiver Nachbehandlung. Dennoch werden die Schatten dieser Narben noch lange sichtbar bleiben, nicht nur, weil nach Monaten

oder gar Jahren des Ausnahmezustandes der Fokus eher auf andere, z. B. wirtschafts- und finanzpolitische Fragen gerichtet werden wird ([hier](#)).

F

Die zweite dramatische Entwicklung des Jahres 2022 ist die Radikalisierung der ökologischen Krise, die immer mehr Richtung Katastrophe tendiert – und damit sind nicht die Protestaktionen der „Letzten Generation“ gemeint. *„Wir sind auf dem **Highway zur Klimahölle** – mit dem Fuß auf dem Gaspedal“*, sagte UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Eröffnungsrede auf der Weltklimakonferenz COP27. *„Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens – und sind dabei zu verlieren“*, so seine ultimative Warnung. Und dennoch konnte, um noch einmal Albrecht von Lucke zu zitieren, *„von überzeugenden Ergebnissen keine Rede sein, weil nationalstaatlicher Egoismus zum wiederholten Male eine überzeugende globale Lösung verhindert hat“*.

Ulrike Herrmann hat es in der [taz](#) so formuliert: *„Die meisten Politiker und Bürger haben sich längst damit arrangiert, dass Gesetze gelegentlich ein politisches Handeln vortäuschen sollen, das es gar nicht gibt. Sie wundern sich nicht, dass der Klimaschutz stockt, obwohl es doch ein Klimaschutzgesetz gibt. Die Letzte Generation hingegen fordert völlig ironiefrei: Was das Parlament beschlossen hat, das muss gelten. ... Die Regierung führt selbst herbei, worauf die Reichsbürger so inniglich hoffen: **Der Staat höhlt sich von innen aus, indem er das Recht als Attrappe missbraucht**. Diesen Zustand will die Letzte Generation nicht akzeptieren, auch weil es um ihre Zukunft geht. Aber es ist mehr: Sie sind echte Demokraten und glauben an den Staat.“*

Manchem mag dies zu einseitig, zu pessimistisch oder gar defätistisch erscheinen. Aber es ist meines Erachtens besser, den Finger in die Wunde zu legen, als nur zuzusehen, es ist besser, die Dinge eher pessimistisch zu sehen, und dann von einer positiveren Entwicklung überrascht zu werden, als umgekehrt. Wie sagt Jack Reacher in den Kriminalromanen von Lee Child immer, wenn er sich auf eine kritische Situation vorbereitet: *„Auf das Beste hoffen, auf das Schlechte vorbereitet sein“*.

Und zudem erlaubt uns eine eher pessimistische Sichtweise nicht das bequeme Zurücklehnen und abwarten, sondern sie fordert und auf, alles daran zu setzen, um die Dinge wieder positiver zu gestalten. Und dies durchaus mit erhobenem Kopf, denn nur wer den Kopf hoch hat, kann das Licht am Ende des Tunnels sehen. Und daran glauben wir doch alle: Es wird besser.

In diesem Sinne hoffe ich, dass Ihr/Sie eine gute Weihnachtszeit im Kreis von Freunden, Bekannten und Verwandten habt, die Euch/Ihnen Kraft geben, 2023 vielleicht Dinge anzugehen oder zu ändern, die Sie/Ihr schon immer erledigen wolltet. Oder einfach nur Menschen zu unterstützen, die unsere Hilfe benötigen – in welcher Form auch immer.

Die dazu notwendige Kraft, den (kleinen oder großen) inneren Schweinehund zu überwinden, wünscht Ihnen/Euch

Thomas Feltes